

Anzeiger für den Kreis Bleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Loty. Der Anzeiger für den Kreis Bleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Bleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Blesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Retlameteil für Poln.-Oberöchl. 60 Gr. für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Bleß. Postpartafassen-Konto 302.622. Fernruf Bleß Nr. 52

Nr. 50

Freitag, den 26. April 1929

78. Jahrgang

Ungelöste Krise in Oesterreich

Immer noch auf der Suche nach dem Bundeskanzler

Wien. Der Plan einer Kandidatur Dr. Mittelbergers für den Bundeskanzler kann als gescheitert bezeichnet werden. Dr. Mittelberger hatte am Mittwoch Besprechungen mit den Vertretern der Großdeutschen und des Landbundes, die aber ergebnislos verliefen. Der Landbund hat den Christlich-Sozialen in aller Form erklärt, daß er sich an einer Regierung Mittelbergers nicht beteiligen könne, da Professor Dr. Mittelberger in wirtschaftlichen Fragen nicht genügend unterrichtet sei. Da es somit unmöglich erscheint, diese Kandidatur aufrecht zu erhalten, sieht zur Zeit nur ein einziger Anwärter auf die Kanzlerschaft im Vordergrund, nämlich der steirische Landeshauptmann Dr. Rintelen, für den neben seinen Anhängern in der Christlich-Sozialen Partei auch der Landbund und die Heimwehren als solche eintreten. Diese Kandidatur ist bisher von den Wiener Christlich-Sozialen mit Einschluß ihres Führers Dr. Seipel abgelehnt worden und wird es noch sein. Nachdem der Versuch gescheitert ist, in Dr. Ender einen angelegenen und schwer abzulehnenden Gegenkandidaten gegen Dr. Rintelen aufzustellen, befindet sich die Krise in einem Zustand vorläufiger Unlösbarkeit. Die Mittwochssitzung des Nationalrates wurde, da die Wahl der Bundesregierung nicht vorgenommen werden konnte, auf den 26. d. Mts. vertagt.



Räffelkraten um Seipels Nachfolger

Nach dem Verzicht des Landeshauptmanns von Bozarlberg, Dr. Ender, auf das Bundeskanzleramt ist die Lage in Oesterreich ungeklärter als je. Als möglicher Kandidat wird jetzt der Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen (im Bilde), genannt.

Am 30. Mai Wahlen in England
London. Ministerpräsident Baldwin gab in Erwidnung auf eine Anfrage der Opposition im Unterhaus bekannt, daß die Auflösung des gegenwärtigen Parlaments am Freitag, den 10. Mai stattfinden wird. Der Sonntag für die Aufstellung der Parlamentskandidaten ist der 20. Mai, während als Wahltag in Übereinstimmung mit den bisherigen Voraussagen der 30. Mai endgültig festgelegt ist.

Dr. Benesch's Minderheitsorgen

Eine Privatdenkschrift an den Völkerbund.
Prag. Nach Blättermeldungen hat der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch für die Regierung der tschechoslowakischen Republik beim Sekretariat des Völkerbundes eine Stellungnahme zur Minderheitenausproche überreicht. Wie Senator Dr. Medinger in seinem Bericht auf der Jahresversammlung der deutschen Völkerbundsligen ausführte, hat diese Stellungnahme jedoch dem Ministerrat vorher zur Genehmigung nicht vorgelegen und ist daher von der Regierung nicht anerkannt worden. Dieses Vorgehen des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch würde, wenn der der Öffentlichkeit mitgeteilte Sachverhalt richtig ist, einen Ueberrgriff des Außenministers und eine Täuschung des Völkerbundesrates bedeuten, da die überreichte Denkschrift als Kundgebung der Gesamregierung vorgelegt wurde, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Die deutsche Nationalpartei hat am Mittwoch an den Ministerpräsidenten die Frage gerichtet, was die tschechoslowakische Regierung im Falle der Richtigkeit dieser Meldungen zu tun gedenke, um den Völkerbundsstat darüber nicht im Unklaren zu lassen, daß die von Minister Benesch überreichte Denkschrift eine Privatansicht darstelle und daher nicht Gegenstand der Behandlung sein darf.

Ein überflüssiger Protest

Warschau. Am Dienstag fand in Lemberg die vom Regierungsbund angekündigte Protestversammlung gegen die vorgebliehen „deutschen Angriffe auf den Bestand Polens“ statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:
„1. Die Versammelten protestieren gegen die Anschläge auf uralte (!) polnische Gebiete.
2. Die Versammelten bringen dem Staatspräsidenten ihre Huldigung dar und bekunden, daß das polnische Volk sich um den Staatspräsidenten und die Regierung scharen wird, um jeden Angriff auf den Bestand Polens zurückzuweisen.
3. Die Versammlung huldigt dem Marschall Pilsudski als dem einzigen Gefangenen von Magdeburg.
4. Die Versammelten geloben ihre gesamten Kräfte im Kampf für die Einheit, Beständigkeit und Macht Polens einzusetzen.“

Neuer Sturm über Japan

Tokio. Der Sturm an der West- und Ostküste Japans wütet fort. Die Seeverbindung mit Amerika ist unterbrochen. Auch die Schiffsverbindung mit der Sowjetunion mußte eingestellt werden. Bei der Insel Hokaido sind schätzungsweise 400 Personen ums Leben gekommen. Zwei japanische Flugzeuge wurden vermisst. Zwischen Zuruga und Wladivostok kamen etwa 80 chinesische Fischerboote in den Sturm und wurden ins Meer getrieben.

Die Wahlen in Dänemark

Kopenhagen. Nur langsam laufen hier infolge des frühen Abchlusses der Wahlen zum Folkething die Erhebungen ab. Sie zeigen zunächst gegenüber der Folkethingwahl von 1926 eine weit stärkere Wahlbeteiligung. Was die einzelnen Parteien anlangt, so verlieren die Konservativen im ganzen Lande auch in ihren städtischen Hochburgen recht beträchtlich. Ihre Verluste kommen der bisherigen Regierungspartei, der Freisinnigen, zugute, die auch in den Städten eine mittlere Stimmengewinnung zu verzeichnen hat, darüber hinaus aber auch den weiter linksstehenden Parteien, ja selbst den Sozialdemokraten. Diese haben äußerst bedeutende Fortschritte zu verzeichnen, während die Radikalen teils gewinnen, teils verlieren, ohne daß sich bisher Genaueres fest-

stellen ließe. Der etwa den deutschen Bodenreformern entsprechende Verband hat einen geringen Stimmengewinn zu verzeichnen.

Nach den Meldungen aus Nord-Schleswig haben dort die Wahlen einen Stimmerrückgang der schleswighischen Partei gebracht, wohl infolge Abganges deutscher Wähler zu den Sozialdemokraten. So hat in Sonderburg-Stadt die Liste der schleswighischen Partei 981 gegenüber 1065 Stimmen im Jahre 1926 erhalten, im Aufstellungskreis Apenrade 1872 gegenüber 2047 Stimmen, im Aufstellungskreis Augustenburg 630 gegenüber 706 Stimmen, im Aufstellungskreis Tondern 1756 gegenüber 1829 und im Aufstellungskreis Rödning 334 gegenüber 379 Stimmen.

Neue Vorschläge in Paris

Paris. Den Mittwochvormittag haben die Sachverständigen der Ausarbeitung des Entwurfes für den Schlußbericht gewidmet. Die Besprechungen von Abordnung zu Abordnung, von denen man sich in gewissen Kreisen soviel für die Fortsetzung der Sachverständigenarbeiten versprochen hat, scheinen jetzt am Mittwoch schwerfällig in Gang zu kommen. Ueber die Arbeiten am Mittwoch werden keinerlei Einzelheiten bekanntgegeben. Eine Mitteilung des Journal de Debats, wonach die deutsche Abordnung den Auftrag erhalten habe, den Teil des Schlußberichtes, der sich auf die Sachlieferungen bezieht, zu entwerfen, wird auf deutscher Seite nicht bestätigt. Eine Einigung gerade in dieser Frage scheint auf keine besonderen Schwierigkeiten zu stoßen. Der Bericht wird nach dem „Intransigeant“ aus vier Hauptteilen bestehen:

1. Die internationale Ausgleichsbank,
 2. Der durch den Transfer nicht geschützte Teil der deutschen Schulden,
 3. Die politische Schuld,
 4. Die Höhe und die Zahl der Jahreszahlungen.
- Ueber den letzten Punkt besteht bekanntlich Uneinigkeit. Die Ausführungen des Reichskanzlers Müller, der von der Möglichkeit sprach, die Sachverständigen, falls sie zu keiner Einigung kämen, durch Politiker und Diplomaten zu ersetzen, haben in Paris einen günstigen Widerhall gefunden. „Journal de Debats“ stellt fest, daß der Augenblick für die Regierungsvorläufer gekommen sei. Ohne Zweifel könnten die Sachverständigen ihre Beratungen über technische Fragen fortsetzen, doch hätten hinter und über ihnen die Regierungen nunmehr das Wort. Im übrigen sei es kindlich, an einen Mei-

nungsstreit zwischen Schacht und Reichsregierung zu glauben. „Paris Soir“ vertritt den Standpunkt, daß ein Scheitern der Konferenz die deutsch-französischen Beziehungen und damit die Befriedung Europas auf das Schlimmste gefährden würde.

Das Wiener Mietenkompromiß gebilligt

von der Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie
Wien. Eine Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie lehnte am Dienstag nach längerer Debatte einen Antrag, den Entwurf der Regierungsparteien über die Mietensfrage nicht als Grundlage weiterer Verhandlungen anzusehen, mit 231 gegen 10 Stimmen ab.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der die Taktik der Partei nach dem Rücktritt der Regierung Seipel billigt und in dem neuen Entwurf eines Wohnungsbau-Förderungs- und Mietengesetzes eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen sieht. Es sollen jedoch noch mehrere Abänderungsanträge zu dem Gesetz gestellt werden. Außerdem wurde ein Antrag des Organisationsvertreters der öffentlichen Angestellten angenommen, in dem verlangt wird, daß bei einer Erhöhung der Mieten die Bundesangestellten und Pensionäre entsprechende Erhöhungen ihrer Bezüge erhalten.



Die erste Kandidatin für den Pariser Stadtrat

ist die Advokatin Fräulein Simone Weiler, die im Falle ihrer Wahl die erste Stadträtin in Frankreich sein würde. Bekanntlich geht die Galanterie der Franzosen nicht so weit, daß sie ihren Frauen politische Rechte einräumen.

